

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Korrigiertes Wortprotokoll

57. Sitzung

Berlin, den 09.11.2011, 11:00 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Dorotheenstraße 100
Sitzungssaal: Jakob-Kaiser-Haus, 1.302

Vorsitz: Eva Bulling-Schröter, MdB

TAGESORDNUNG:

Öffentliches Fachgespräch mit Klimazeuginnen

Hauwa Umar-Mustapha (Nigeria)
Tubali Development Initiative

Serafhina Gigira Aupong (Papua-Neuguinea)
Bismarck Ramu Group

Zukiswa Millicent Nomwa (Südafrika)
Environmental Monitoring Group

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Brand, Michael
Caesar, Cajus
Dött, Marie-Luise
Flachsbarth, Maria, Dr.
Gebhart, Thomas, Dr.
Göppel, Josef
Hirte, Christian
Jung, Andreas
Koeppen, Jens
Liebing, Ingbert
Nüßlein, Georg, Dr.
Paul, Michael, Dr.
Petzold, Ulrich

SPD

Becker, Dirk
Bollmann, Gerd
Bülow, Marco
Kofler, Bärbel, Dr.
Miersch, Matthias, Dr.
Schwabe, Frank
Vogt, Ute
Wolff, Waltraud

FDP

Brunkhorst, Angelika
Kauch, Michael
Knopek, Lutz, Dr.
Meierhofer, Horst
Skudelny, Judith

DIE LINKE.

Bulling-Schröter, Eva
Lenkert, Ralph
Menzner, Dorothee
Stüber, Sabine

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fell, Hans-Josef
Krischer, Oliver
Ott, Hermann E., Dr.
Steiner, Dorothea

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

Bareißen, Thomas
Bilger, Steffen
Brinkhaus, Ralph
Gerig, Alois
Heider, Matthias, Dr.
Kruse, Rüdiger
Lehmer, Max, Dr.
Poland, Christoph
Pols, Eckhard
Röring, Johannes
Ruck, Christian, Dr.
Rüddel, Erwin
Schindler, Norbert

Beckmeyer, Uwe
Burkert, Martin
Hempelmann, Rolf
Hofmann, Frank
Kelber, Ulrich
Lemme, Steffen-Claudio
Lösekrug-Möller, Gabriele
Röspel, René

Breil, Klaus
Happach-Kasan, Christel, Dr.
Kober, Pascal
Solms, Hermann Otto, Dr.
Staffeldt, Torsten

Dittrich, Heidrun
Leidig, Sabine
Petermann, Jens
Voß, Johanna
Weinberg, Harald

Höhn, Bärbel
Kotting-Uhl, Sylvia
Kurth, Undine
Maisch, Nicole

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Bundesregierung

Bundesrat

Fraktionen und Gruppen

Vorsitzende: Sehr verehrte Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste, ich freue mich, Sie heute zu unserem Fachgespräch als Klimazeuginnen begrüßen zu dürfen. Ich denke, dass es für das deutsche Parlament ein wichtiges Ereignis ist. Wir werden im Dezember fraktionsübergreifend mit einigen Abgeordneten nach Durban fahren und dort versuchen, Bewegung in die Debatte zu bringen und hoffen natürlich, dass es dort auch Abschlüsse geben wird. Ich denke, es ist wichtig, dass wir heute und hier vor Ort diskutieren, welche Auswirkungen der Klimawandel hat, der unbestritten ist. Wie gehen Sie vor Ort damit um? Und vor allem - was können wir tun? Aber wirklich auch einmal jetzt zu spüren und zu hören, wie es Ihnen geht, ist uns wichtig. Denn wir leben hier in einer Welt, die sehr wenig vom Klimawandel betroffen ist. Wir sind aber dennoch einer der Hauptverursacher. Ich begrüße Sie ganz, ganz herzlich, freue mich, dass Sie heute kommen konnten und möchte dann gleich das Wort an Herrn Urhahn von Oxfam übergeben, der Sie noch einmal vorstellen wird und wir werden dann die Berichte von Ihnen hören. Danach werden wir Fragen stellen.

Also noch einmal herzlich willkommen im Namen des Umweltausschusses.

Jan **Urhahn** (Oxfam): Vielen Dank, Frau **Vorsitzende** für die einführenden Worte und für die Begrüßung. Auch ich wünsche Ihnen von meiner Seite, im Namen von Oxfam Deutschland, natürlich auch im Namen von unseren drei Gästen, einen schönen guten Morgen. Wir wissen es sehr zu schätzen, dass wir heute zu den Folgen des Klimawandels hier bei Ihnen Gäste sein dürfen und über die Folgen des Klimawandels berichten dürfen. Vielen Dank auch an Sie, Frau **Vorsitzende**, dass Sie das heutige öffentliche Fachgespräch möglich gemacht haben.

Bevor ich gleich das Wort an die drei Gäste übergebe, möchte ich noch ein, zwei Worte verlieren. Ich würde gerne kurz die drei Klimazeuginnen vorstellen. Und wenn ich schon einmal die Möglichkeit habe, im Umweltausschuss zu sprechen, kann ich es mir natürlich nicht verkneifen, auch das eine oder andere politische Statement abzugeben. Ich freue mich besonders, dass heute drei Frauen aus sogenannten Entwicklungsländern oder auch armen Ländern hier zu Gast sind, um uns von den Folgen des Klimawandels zu berichten. Sie erzählen uns heute, wie der Klimawandel schon Realität ist und wie der Klimawandel letztlich auch die Lebenssituation und die Lebensrealitäten in ihren Ländern für sie, aber natürlich auch für die Gemeinschaften, in denen sie leben, drastisch verändert. Vor allem negativ verändert.

Heute zu Gast ist zum einen Frau Hauwa **Umar-Mustapha** aus Nigeria. Sie ist dort Direktorin der Tubali Development Initiative. Sie beschäftigt sich vor allem mit dem Themenfeld „Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Ernährungssicherheit.“ Das alles natürlich im Kontext des Klimawandels. Gleichzeitig ist sie auch Experte für Genderfragen im Komplex Klimawandel.

Zum Zweiten möchte ich auch begrüßen und Ihnen vorstellen, Frau Serafina Gigira **Aupong** aus Papua-Neuguinea. Sie ist Campaignerin bei der Bismarck Ramu Group. Der Schwerpunkt der Organisation ist die Arbeit mit lokalen Gemeinschaften. Unter anderem zählen dazu auch beispielsweise Fischer-Communities, die natürlich auch von den Folgen des Klimawandels in Papua-Neuguinea beeinträchtigt sind.

Zu guter Letzt möchte ich Ihnen Frau Zukiswa Millicent **Nomwa** vorstellen. Sie kommt aus Südafrika und arbeitet dort für die Environmental Monitoring Group. Sie ist Field Workerin, sie arbeitet zum einen mit Kleinbauern und Kleinbäuerinnen zusammen, aber auch mit Fischer-Communities und auch vor allem mit Kindern. Dort versucht man auf eine kreative Art und Weise schon jungen Menschen Informationen über den Klimawandel und auch über die Auswirkungen des Klimawandels zu vermitteln und gleichzeitig ist sie auch jemand, der sich schon lange mit den Auswirkungen spezifisch auf Frauen auseinandersetzt.

Warum ist es uns wichtig, heute hier zu sein? Es ist uns wichtig, dass natürlich in einem deutschen Kontext über die Vorgänge des Klimawandels gesprochen wird, dass wir also auch heute einen Teil leisten können, um die Bewusstseinsbildung in Deutschland gegenüber den Folgen des Klimawandels auf gewisse Art und Weise ein Stückchen weit voranzubringen. Vor allem ist es etwas besonderes, weil vom Klimawandel Betroffene selbst zu Wort kommen und aus ihrer eigenen Perspektive erzählen können, mit welchen Herausforderungen sie im Rahmen des Klimawandels betroffen sind. Es ist nicht beispielsweise jemand wie ich, der aus Deutschland kommt und auf eine abstrakte Art und Weise über die Folgen des Klimawandels spricht. Sie sind heute auch hier, weil Deutschland trotz aller Anstrengungen im Klimaschutz immer noch eines der Länder ist, wo der Klimawandel mit verursacht wird. Nur zwei Beispiele – Deutschland unterstützt auf EU-Ebene nicht uneingeschränkt das 30 % Reduktionsziel. Noch immer sind in Deutschland mehr als 20 neue Kohlekraftwerke im Bau und in Planung, die für die nächsten Jahrzehnte zum Klimawandel beitragen werden.

Zuletzt möchte ich natürlich, weil Ende diesen Monats, Anfang nächsten Monats, Durban vor der Tür steht, noch ein, zwei Worte zu Durban

verlieren und vielleicht kurz sagen, was wir uns als Oxfam von Durban erwarten. Das sind drei Punkte: Erstens: Sie wissen alle, dass Kyoto ausläuft. Das heißt, wir müssen bei einem Post-Kyoto-Abkommen mit entsprechenden Verpflichtungen ein gutes Stück vorankommen, was natürlich auch Staaten, wie die USA und auch große Schwellenländer im Sinne von großen Emittenten auch verpflichtend mit einbeziehen muss. Der zweite Punkt: Momentan lässt der Ehrgeiz ein bisschen zu wünschen übrig. Wenn man sich anschaut, wie es momentan mit CO₂-Emissionen aussieht, dann ist sich die Wissenschaft mehr oder weniger einig, dass wir momentan in einem Szenario leben, was letztlich eine Erwärmung von 3 bis 4°C bedeutet. Das heißt also, wir sind meilenweit von den UN-Zielen entfernt, nämlich, die globale Erwärmung im Durchschnitt auf 2°C zu begrenzen. Das muss zum einen in Durban anerkannt werden und vor allem muss das Ganze nicht nur anerkannt werden, sondern das darf sich auch gerne in ein bisschen mehr Ambition ausdrücken, endlich wieder die Welt auf Kurs zu bringen.

Letzter Punkt, Stichwort Klimafinanzierung. Es muss darum gehen, dass einerseits der Green Climate Fund endlich arbeitsfähig gemacht wird und als zweites, ein wichtiger Punkt ist, dass die Industrieländer zu denen natürlich auch Deutschland gehört, einen Fahrplan vorlegen, wie sie ihre finanziellen Zusagen, die sie in den letzten Jahren vor allem in Kopenhagen und auch in Cancún letztes Jahr, gemacht haben, umsetzen wollen. Denn wir glauben, dass das natürlich auch extrem viel Vertrauen schafft, um die Verhandlungen überhaupt weiter voranzubringen.

Ich möchte noch etwas zum Inhalt sagen. Wir haben versucht, drei verschiedene Themen, drei verschiedene Folgen des Klimawandels herauszukristallisieren, zu denen jetzt alle drei etwas sagen werden. Das eine ist das Themenfeld, in dem es um ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Ernährungssicherheit geht, das zweite ist Frauen und Klimawandel und das dritte ist Möglichkeiten für lokale Gemeinschaften, sich an den Klimawandel anzupassen.

Ich bedanke mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche uns einen interessanten Vortrag und eine noch interessantere Diskussion im Anschluss daran. Ich möchte gern jetzt an Hauwa Uma-Mustapher übergeben.

Klimazeugin Hauwa **Uma-Mustapher** (Nigeria): Einen guten Morgen an Sie alle, geehrte Mitglieder des Bundestages, meine Damen und

Herren. Ich wurde bereits vorgestellt, mein Name ist Hauwa **Umar-Mustapha**. Ich arbeite für die Tubali Development Initiative, eine lokale Nichtregierungsorganisation in Nigeria.

Ich bin hier, um über die Auswirkungen des Klimawandels auf die ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit zu sprechen. Dies ist einer der Kernbereiche, mit dem sich meine Organisation zurzeit beschäftigt. 80 Prozent der Nigerianer arbeiten in der Landwirtschaft. Das ist die eine Seite. Zweitens wohnen etwa 75 Prozent der Nigerianer auch in den ländlichen Regionen. Das bedeutet, dass ein wesentlicher Teil der nigerianischen Bevölkerung, der auf dem Land lebt, vom Klimawandel betroffen ist, und zwar in Bezug auf seine Haupteinnahmequelle, der Landwirtschaft, der Fischerei, der Rinderhaltung. Und dies wird weitgehend durch die Schwankungen und die zunehmende Unvorhersehbarkeit des Wetters beeinflusst. Dies wiederum hat zu einer noch größeren Verarmung geführt, denn Landwirtschaft ist die Haupteinnahmequelle. Die Menschen kennen nichts anderes als die Landwirtschaft. Zudem hat dies die Bodennährstoffe dezimiert und sich somit auf die Quantität und Qualität der landwirtschaftlichen Produktion ausgewirkt. Ich nehme an, dass Sie vom Tschadsee gehört haben. Der Tschadsee, einst ein riesiger See, der eine große Fläche zwischen dem Tschad und Nigeria bedeckte, ist in den letzten 30 Jahren um mehr als 60 Prozent geschrumpft. Und dies hat Auswirkungen auf die Menschen dieser Gegend, die von dem See als Wasserquelle abhängig sind – für ihre Haushalte, für die Landwirtschaft, für die Fischerei und natürlich für die Rinderhaltung.

Derartige Situationen häufen sich im ganzen Land. Zudem haben wir Probleme mit Überflutungen und Erosionen, die Häuser, Schulen und andere soziale Infrastrukturen, häufig ganze Straßen, beschädigen und vom Rest der Welt abschneiden, verursacht durch Erosionsschäden.

Die Folge ist, dass die Verbindung zwischen dem Ackerland und dem Markt vollständig abgeschnitten ist, was zu Verlusten von durchschnittlich 40 Prozent geführt hat. Derartige Situationen, einschließlich der Überflutungen, haben in der landwirtschaftlichen Produktion Nigerias jährlich zu einem durchschnittlichen Verlust von 40 Prozent geführt.

Wir haben extreme Wetterbedingungen in Form von Dürren und Überschwemmungen, die zu Ernteauffällen führen und den Viehbestand dezimieren. Man sieht des Öfteren, wie Vieh auf der Straße stirbt, weil es nicht genügend Gras zum Fressen findet. Die Nahrungsmittelproduktion ist zurückgegangen,

entsprechend sind die Lebensmittelpreise gestiegen, was wiederum die Ernährungssicherheit gefährdet, da die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln sinkt. Der Ansturm auf das Wenige, das noch verfügbar ist, ist groß, sodass die Kosten unweigerlich steigen. Der Viehbestand nimmt ab, folglich steigen die Preise für Protein. Insbesondere Kinder sind daher von Proteinmangel und Krankheiten wie Kwashiorkor betroffen. Dies kommt in vielen ländlichen Regionen Afrikas sehr häufig vor, insbesondere in Nigeria.

Die Niederschläge nehmen ab, sodass auch die Wasserversorgung gefährdet ist. Wir haben herausgefunden, dass mit den schwindenden Wasservorräten das Risiko wasserbedingter Krankheiten wie Typhus oder Flussblindheit steigt. Dies hat auch geschlechtsspezifische Auswirkungen, denn aufgrund des Wassermangels bedeutet dies, dass Frauen – da sie traditionell diejenigen sind, die sich auf die Suche nach Wasser machen – jetzt zusätzlich zu ihren traditionellen Aufgaben - mehr Zeit brauchen, um nach Wasser zu suchen. Und manchmal gibt es einfach kein Wasser oder auch keine Quelle für sauberes Wasser. Es gibt Extremsituationen, in denen das Vieh, die Frauen und Kinder dieselbe Wasserquelle benutzen. Die Rinder trinken Wasser aus demselben Fluss, aus dem die Frauen das Wasser für ihren Haushalt holen. Während der Trockenzeit wird dasselbe Wasser zudem für alle wirtschaftlichen Zwecke, einschließlich der Landwirtschaft, verwendet. Außerdem bestehen Fragen zu Themen wie Brunnenwasser. Manchmal ist das Brunnenwasser stark belastet, sodass es ein Risiko darstellt.

Das ist es, was ich Ihnen zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit sagen kann. Ich gebe das Wort an meine Kollegin weiter, die über die Auswirkungen in Papua-Neuguinea sprechen wird.

Klimazeugin Serafhina Gigira **Aupong** (Papua-Neuguinea): Ich wünsche Ihnen allen einen guten Morgen, meine Damen und Herren. Wo befindet sich Papua-Neuguinea auf der Weltkarte. Viele Menschen denken, wir seien Teil des afrikanischen Kontinents, was nicht der Fall ist. Wir befinden uns im Südpazifik und direkt nördlich von Australien.

Was den Klimawandel betrifft und was dies für uns bedeutet: Papua-Neuguinea setzt sich im Wesentlichen aus über 800 verschiedenen Sprachgruppen zusammen. Aber das, was uns als Land verbindet, ist etwas Einzigartiges, und zwar haben wir eine sehr starke Bindung zu unserem Land, unserem indigenen Land. Uns verbindet eine starke Identität mit unserem Land.

80 Prozent der sieben Millionen Einwohner Papua-Neuguineas leben von der Landwirtschaft. Sie sind Subsistenzlandwirte und lokale Fischer. Wir werden vor der Verzweiflung, die einen in den großen Städten erwartet, gewarnt. Es wird gesagt, dass wir, da wir Menschen vom Lande sind, glauben, dass unsere Stärken im Wesentlichen im Land und im Gebrauch unserer angeborenen künstlerischen Talente liegen. Wie ich bereits erwähnte, leben 80 Prozent der sieben Millionen Einwohner Papua-Neuguineas von der Landwirtschaft und die meisten dieser Menschen leben in ländlichen Gebieten. In Bezug auf den Klimawandel bedeutet das, dass sich eine Veränderung der Wetterbedingungen in drastischer Weise auf die Ernährungssicherheit der Menschen auswirkt.

Wir haben einen Mann kennengelernt, mit dem wir zusammengearbeitet haben, als wir in einer der ländlichen Gemeinden im Landesinneren von Papua-Neuguinea gearbeitet haben. Er erzählte uns, wie sehr die Gärten durch lange Regenperioden geschädigt würden. Das Gartenland sei dann wasserdurchtränkt. In dem Jahr hatten sie eine extrem schlechte Ernte und es gab nicht genügend Nahrung zum Essen.

Ein anderer Mann, etwa 50 Jahre alt, musste im Laufe seines Lebens, seit seiner Hochzeit, den Standort seines Hauses bereits zweimal verlegen, da der Meeresspiegel angestiegen war und das Land weggeschwemmt hat, auf dem er sein Haus gebaut hatte. Als wir ihn trafen, deutete er etwa sechs Meter aufs Meer hinaus, dorthin, wo die See hereinkommt, und zeigte uns, wo das Land vorher gewesen war.

Wir haben ein Dorf, das neun Jahrhundertfluten in einem Jahr erlebt hat. Und das ist dort sehr ungewöhnlich. Die Flut hat sämtliche Gemüsegärten vernichtet sowie die meisten Standorte, an denen Häuser errichtet waren.

Klimazeugin Zukiswa Millicent **Nomwa** (Südafrika): Ich wünsche Ihnen allen einen guten Morgen. Mein Name ist Zukiswa **Nomwa**, ich komme aus Südafrika. Ich bin für eine NGO namens Environmental Monitoring Group tätig, die in den städtischen Gebieten von Kapstadt und den ländlichen Regionen Südafrikas – dem Ostkap, Limpopo und dem Nordkap – arbeitet. Was meine Ausführungen zum Thema der Auswirkungen auf ländliche Gebiete angeht, so habe ich mich speziell mit den Frauen auf dem Lande beschäftigt, denn dies sind die Menschen, mit denen ich über einen sehr langen Zeitraum zusammengearbeitet habe.

Ich denke, in vielen Teilen Afrikas droht das Leben der Frauen durch den Klimawandel aus den Fugen zu geraten. Jahrzehntelange Bemühungen, das Leben der Frauen in den ländlichen Regionen zu verbessern, werden auf diese Weise untergraben. Wir erleben, dass

Frauen mit diesen Extremen häufig nicht fertig werden, da sie auch noch ihre reproduktive Aufgabe wahrnehmen müssen. Dass sie neben ihrem traditionellen Alltagsleben, in dem sie ihre traditionellen Aufgaben wahrnehmen müssen, jetzt auch noch die Herausforderungen des Klimawandels tragen: Für das Holz, das sie schon immer gesammelt haben, müssen sie jetzt weiter gehen als vorher, das Wasser ist rar geworden und all diese Dinge. Und vergessen Sie nicht: Als Frauen sind wir die Hüterinnen des Lebens. Frauen haben Kinder. Und dennoch sind die Frauen auf dem Land für die Hälfte der Nahrungsmittelproduktion allein verantwortlich. 68 Prozent der Lebensmittel in Südafrika stammen aus der Landwirtschaft. Und das erreichen die Frauen trotz des ungleichen Zugangs zu Land, Informationen und Materialien wie verbessertem Saatgut und Düngemitteln. Sie setzen immer noch die traditionellen Mittel ein, um diese Art von Nahrungsmitteln zu produzieren. Sie mögen zwar die Produzenten sein, aber sie sind auch diejenigen, die den Auswirkungen des Klimawandels am meisten ausgesetzt sind. Und ich möchte, dass die Menschen, die nach Südafrika reisen, sich dessen bewusst sind. Die Menschen sollten als Allererstes an das Leben der Menschen denken. Dass diese Frauen diejenigen sind, die in den ländlichen Gebieten am meisten betroffen, am verwundbarsten sind. Und dennoch tun sie alles, was man von ihnen erwartet, mit oder ohne die Unterstützung, die sie benötigen. Und sie stellen immer noch die Nahrungsmittel her. Das müssen wir uns vor Augen führen ...

Der Klimawandel ist nicht mehr ein bloßes Thema der Wissenschaftler, bei dem es um Ozonschicht, Pinguine usw. geht. Er wirkt sich ganz real auf das tägliche Leben der Menschen in Südafrika aus. Als ich hierherkam, war ich geschockt wie Deutschland mit der Umwelt umgeht und wie die Menschen hier leben. Hier werden die Auswirkungen nicht so gravierend sein. Trotzdem ist dies eines der Länder, das große Auswirkungen auf den Klimawandel in den ländlichen Regionen Afrikas bewirkt. Vielen Dank.

Klimazeugin Hauwa **Umar-Mustapha** (Nigeria): Der Klimawandel und die Verletzbarkeit der Frauen: Wie ich bereits zuvor gesagt habe, die Frauen sind diejenigen, die sich traditionell um den Haushalt und die Kinder kümmern. Der Wassermangel bedeutet, dass Frauen größere Entfernungen zurücklegen müssen und mehr Zeit brauchen, um nach Wasser zu suchen. Und dann ist dieses Wasser kein sauberes Wasser. Die Wasserquelle kann ihre Verwundbarkeit noch steigern bzw. verschlimmern.

Eine andere Sache, in den ländlichen Regionen herrscht ein großer Mangel an Infrastruktur. Und da sie zudem sehr arm sind, haben sie natürlich keinen Zugang zu Gas, keinen Zugang zu Kerosin, keinen Zugang zu Elektrizität, sodass Holz der einzige Brennstoff ist, den sie zum Kochen und selbst zum Beheizen ihrer Häuser haben. Und hier besteht die Tendenz, dass dies ihre Verwundbarkeit gegenüber dem Klimawandel noch verstärkt, da die wenigen Bäume in ihrer Umgebung als Brennholzvorrat für den häuslichen und wirtschaftlichen Gebrauch gefällt oder verkauft werden, da ihr Einkommen aus den landwirtschaftlichen Produkten nicht mehr ausreicht. Denn sobald die natürlichen Ressourcen ihres Ackerlandes erschöpft sind und sie keine weiteren Einnahmequellen mehr haben, haben sie nur noch die Wahl, ihre Bäume zu fällen, zu zerhacken und zu verkaufen, normalerweise an Menschen, die in der Stadt wohnen und das Feuerholz ebenfalls als Brennstoff benutzen.

Dann gibt es natürlich eine steigende Müttersterblichkeit - aufgrund steigender Risiken wie Malaria und Hirnhautentzündung. Je heißer das Wetter, je feuchter das Wetter, desto anfälliger ist die Umgebung für Malaria oder Meningitis. Und in den letzten zwei oder drei Jahren verzeichnete Nigeria aufgrund des Temperaturanstiegs mehr Malaria- und Meningitis-Fälle, besonders in den ländlichen Regionen. Wieder sind es die Frauen und Kinder, die anfällig für diese Krankheiten sind. Zudem schwächen diese Krankheiten die potenziellen Arbeitskräfte. Denn die Kinder fehlen häufiger in der Schule, sodass sich ihre Möglichkeiten einer guten, adäquaten Bildung verringern. Denn wenn sie erst einmal krank sind, versäumen sie häufig den Unterricht. Bei den Frauen steigen die Atemwegserkrankungen an - aufgrund des Kohlenmonoxids, das beim Gebrauch des Feuerholzes eingeatmet wird.

Die einzige Wasserstelle in der Gemeinde, ein Brunnen, ist offen, mit allen damit verbundenen Risiken. Wir hatten bereits Fälle, wo spielende Kinder in den Brunnen gefallen und tödlich verunglückt sind. Und unglücklicherweise versorgt dieser Brunnen nach wie vor die ganze Gemeinde mit Wasser.

Klimazeugin Serafina Gigira **Aupong** (Papua-Neuguinea): Es ist interessant, dass die meisten Dinge, die ich über die Verwundbarkeit der Frauen gegenüber dem Klimawandel gesagt habe, dort die gleichen sind... Das meiste ist identisch mit dem, was die Frauen in Papua-Neuguinea in den ländlichen Gebieten erleben. Eine Sache möchte ich noch hinzufügen: Bei den häufigen

Nahrungsmittelknappheiten in den ländlichen Gebieten von Papua-Neuguinea: Eine Frau gibt zuerst ihrer Familie zu essen, bevor sie selbst isst, dann isst sie weniger. Und die Hauptquelle für Nährstoffe sind nicht Tabletten oder ähnliches, wir bekommen sie über die Nahrung, die wir essen. So nehmen die Nährstoffe, die die Frau zu sich nimmt, ab, und das ist eine riesige Last für die Frau, besonders, wenn sie schwanger ist oder stillt.

Klimazeugin Zukiswa Millicent **Nomwa** (Südafrika): Vielen Dank. Am Internationalen Tag der Frau in ländlichen Gebieten, dem 15. Oktober, zogen Frauen aus neun Provinzen Südafrikas zu den Union Buildings mit einem Memorandum, das Forderungen enthielt, die bei der UN-Klimakonferenz in Durban vorgebracht werden sollten. Und eine dieser Forderungen betraf das Wasserproblem, das in einigen Nachbarländern bereits sehr kritisch ist, genauso wie in den ländlichen Gebieten Südafrikas. Und nicht nur dort, auch in den Städten erleben Frauen diese Probleme.

In einer Gegend in Kapstadt sind die meisten Frauen aber auch Männer und Jugendliche arbeitslos. Ein riesiges Problem in Südafrika, was bedeutet, dass die Frauen überwiegend von der Subsistenzlandwirtschaft abhängen. Das betrifft insbesondere städtische Projektgärten, die sie bewirtschaften, um Patienten ernähren zu können. Wie Sie wissen, haben wir die große Herausforderung HIV und AIDS. Über solche Gärten können die Frauen diese Menschen mit ernähren.

Unsere Wasserquellen waren immer Feuchtgebiete in der Nähe der städtischen Regionen. Und Südafrika hat viele städtische Gebiete, die in hohem Maße vom Klimawandel betroffen sind. Diese Feuchtgebiete trocknen aus. Die Regierung hat in diesen Gebieten Wasserzähler installiert, die den Wasserverbrauch pro Tag beschränken, sodass man das Wasser somit nicht für seine Eigenbedarfsgärten nutzen kann. Und das hatte ernste Auswirkungen, denn nun gab es den Garten nicht mehr, von dem viele Menschen der Gegend abhängig waren, da es an Wasser mangelte, um ihn zu erhalten. Das hat auch Auswirkungen auf die Kinder in der Gegend.

Und dann passiert in den ländlichen Gebieten das, was meine Kollegin aus Nigeria bereits erwähnt hat: Hinzu kommt der Mangel an natürlichen Ressourcen in der Landwirtschaft, er ist eine zusätzliche Last für die Frauen in den ländlichen und städtischen Regionen. Die Menschen glauben, Frauen in den städtischen Regionen haben es leicht. Aber aufgrund von Missbrauch, Alkoholmissbrauch, Arbeitslosigkeit und all dieser Dinge ist es für sie noch härter.

Der Klimawandel wirkt sich direkt auf die Nahrungsmittelsouveränität und Nahrungsmittelsicherheit aus und auf das Wasser, auf die tägliche Existenz der Menschen – im städtischen und im ländlichen Südafrika.

Klimazeugin Hauwa **Umar-Mustapha** (Nigeria): Wie können sich die lokalen Gemeinden an die Auswirkungen des Klimawandels anpassen? Erstens durch das, was meine Organisation unternimmt. Es ist notwendig, dass die Gemeinden, sowohl die natürlichen als auch die menschlichen Ursachen des Klimawandels verstehen. Die natürlichen werden sie nicht sofort beeinflussen können, aber die menschlichen – hier gibt es viele Herausforderungen. Wie ich schon vorher erwähnte, das Fällen der Bäume als Brennstoff, die Misswirtschaft im Umgang mit Wasser... Ein Teil davon ist praktische Realität, aber auch dies ist mit großen Herausforderungen für die ländliche Bevölkerung verbunden, da es für gewöhnlich an gangbaren alternativen Einnahmequellen mangelt. Deshalb müssen wir Wege finden, um zu gewährleisten, dass sie die Folgen einiger ihrer Handlungen verstehen und dass gleichzeitig die andere Seite der Welt, die den Klimawandel mitverursacht oder dazu beiträgt, dass sich die Auswirkungen durch lokale Maßnahmen verschlimmern – dass auch sie für ihr Handeln verantwortlich gemacht wird. Zudem besteht beispielsweise die Notwendigkeit, Verantwortung für den Schutz unserer Umwelt zu übernehmen. Und ich denke, das muss überall passieren. Die Welt gehört uns allen. Was auch immer in Afrika passiert, wenn man in einem anderen Teil der Welt sitzt... Europa kann sich nicht von den Auswirkungen abschirmen. Wenn Handlungen in Europa zum Beispiel zu Verwundbarkeit und erhöhter Armut führen, ist Europa davon nicht ausgenommen. Denn wenn dein Nachbar nicht schlafen kann, stimmt auch mit deiner eigenen Sicherheit etwas nicht. Und deshalb müssen wir Verantwortung für den Schutz unserer Umwelt übernehmen, wo auch immer wir uns befinden, sowohl als lokale als auch als internationale Gemeinschaft. Zudem ist es erforderlich, dass die Geschlechterpolitik Gender- und Armutsthemen zusammenführt. Mit anderen Worten, die Entwicklungspolitik muss damit beginnen, diese Frage, das kritische Thema des Klimawandels mit anderen Themen zu verbinden. Die Klimawandelpolitik sollte nicht für sich allein stehen. Und daher besteht eine unserer Aufforderungen an die deutsche Regierung darin, dass sie sich nicht nur auf das Ergebnis der COP17-Klimakonferenz konzentriert, sondern auch andere damit verbundene Umweltthemen mit einbezieht, etwa, wie der Klimawandel die Existenz und damit die

menschliche und gesellschaftliche Entwicklung beeinflusst.

Und an dieser Stelle betrachten wir auch die Entwicklungshilfe. Wir ersuchen darum, dass die Entwicklungshilfe wirklich den Zielgruppen oder Gemeinschaften zukommt, für die sie bestimmt ist, und dass die umfangreiche Bürokratie – das betrifft im Durchschnitt 40 bis 45 Prozent der Entwicklungshilfe – so weit wie möglich beschnitten wird. Denn am Ende des Tages nimmt die Bürokratie einen Löwenanteil dieser Mittel ein und nur sehr wenig bis gar nichts erreicht die Zielgemeinschaft. Und so erhalten wir keine Ergebnisse.

Deshalb besteht die Notwendigkeit, je mehr wir uns der COP17 nähern, dass die auf den Klimawandel bezogenen Bestimmungen in andere Entwicklungsgesetze integriert werden, zum Beispiel die der WTO, die Handelsgesetze, speziell im Bereich der Landwirtschaft, die Landwirtschaftsabkommen. Denn man kann keinen fairen Handel betreiben, speziell im Bereich der Landwirtschaft, wenn es einen Faktor gibt, der die Existenz und Produktivität dieses landwirtschaftlichen Sektors dezimiert.

Was wir damit im Großen und Ganzen sagen wollen, ist, dass die allgemeine Entwicklung speziell den Klimawandel als Entwicklungsthema berücksichtigen sollte, den Klimawandel als Armutshema, den Klimawandel als Thema der menschlichen Sicherheit, überall, besonders, wenn er die Verwundbarkeit in Afrika betrifft. Vielen Dank.

Klimazeugin Serafina Gigira **Aupong** (Papua-Neuguinea): Wie ich bereits erwähnte, nehmen wir in den Gemeinschaften, mit denen wir arbeiten, zwei sehr ausgeprägte Auswirkungen wahr. Eine ist der Anstieg des Meeresspiegels. Eine der Maßnahmen, mit denen die Küstengemeinden versuchen, den steigenden Meeresspiegel zu stoppen oder zumindest zu verhindern, dass er das Land, auf dem sie ihre Häuser gebaut haben, überflutet, besteht in der Errichtung von Uferdämmen oder in Anpflanzung von Mangroven entlang der Küstenlinie. Aber das wird für sie zusehends ein Rennen gegen die Zeit. Und es ist auch kostspielig... Da es sich um eine ländliche Gemeinde handelt, haben sie nicht genügend Geld, um Uferdämme zu bauen, die sie langfristig und ausreichend schützen könnten. Eine andere Sache sind die Feuchtgebiete, in denen die Ernten schlecht sind, und dies führt zu Nahrungsmittelknappheit. Daher greifen sie zunehmend auf traditionelle Methoden der Lebensmittellagerung zurück, sodass Nahrungsmittel bei schlechten Ernten über einen längeren Zeitraum zur Verfügung stehen.

Und eine sehr interessante Geschichte, die ich Ihnen gern noch erzählen würde, handelt von einem Mann. Er ist ein Gemeindevorstand, den wir während unserer Arbeit kennengelernt haben. Was unternahm er, um seine Gemeinde den Auswirkungen des Klimawandels anzupassen... In dieser Region passierte Folgendes: Aufgrund der häufigen Regenfälle entstand ein Feuchtgebiet, und sie bekamen für dieses Jahr nicht genügend Nahrung für ihre Gemeinde zusammen. Und er befürchtete, dass die Lehrer der lokalen Grundschule aus diesem Grund die Schule verlassen und weggehen würden, da nicht mehr genügend Nahrung für sie da war, um in der Gemeinde zu bleiben. Daher teilte er jedem Familienclan einen Lehrer der Gemeindegemeinschaft zu. Und sie taten Folgendes: Was immer sie an Nahrung finden konnten, was immer sie an Nahrung von Verwandten aus anderen Regionen bekommen konnten – sie versorgten damit ihre eigenen Familien und außerdem den Lehrer, um den Lehrer in der Gemeinde zu halten, sodass die Kinder zur Schule gehen konnten. Das war möglich, weil dieser Mann eine sehr starke Führungspersönlichkeit war und hohen Respekt genoss.

Die andere Sache, die er unternahm - ein langfristiger Plan, den er für die Gemeinde hatte, damit die Kinder weiterhin unterrichtet würden - bestand darin, der Gemeinde die Verantwortung für die Ausbildung der lokalen Grundschullehrer zu übertragen. Wann immer sie Einnahmen aus dem Verkauf ihrer selbst angebauten Erdnüsse oder aus dem Verkauf von Lebensmitteln, die sie in ihren Gärten anbauten, hatten, zahlten alle einen Beitrag. Jeder Clan trug zur Studiengebühr eines Gemeindeglieds bei, eines jungen Mannes, der an die Universität geschickt wurde, um Grundschullehrer zu werden und dann in ihrer lokalen Grundschule zu unterrichten.

Die Einwohner Papua-Neuguineas führen diese kleinen Initiativen durch, die große Auswirkungen haben, trotz des zurzeit herrschenden Mangels an Unterstützung von Seiten der Regierung in Papua-Neuguinea. Denn, was wir zurzeit erleben... Wir haben gesagt, dass wir das Land entwickeln. Unsere Regierung ist jedoch zurzeit nur an einem hohen Bruttoinlandsprodukt interessiert, interessiert daran, Geld zu verdienen. Gemeinden, die diese drastischen Auswirkungen des Klimawandels zu spüren bekommen, erhalten nur sehr wenig Unterstützung. Und sie werden auch nur sehr wenig darin unterstützt, in ihren Gemeinden auf eigene Weise auf diese drastischen Dinge zu reagieren, die ihre Existenz stark beeinträchtigen.

Klimazeugin Zukiswa Millicent **Nomwa** (Südafrika): Vielen Dank. Ich denke, zu den Aspekten, die uns in Afrika besonders auffallen, gehört, dass der Klimawandel vor allem die Menschen betrifft, die am wenigsten Einfluss haben. Denn wir dürfen nicht an den Punkt gelangen, an dem wir den Opfern die Schuld geben. Sie haben momentan sehr wenig Einfluss auf ihr Schicksal. Die Geschehnisse in der Welt haben ihr Heimatland betroffen, und es sind die Menschen dort, die am stärksten ausgeliefert sind und an den Folgen zu leiden haben.

Weiter weg, in den Küstenorten nahe Capetown, am westlichen und nördlichen Kap, sind vier Fischer, die in Doringbaai leben. Ihre Haupteinnahmequelle, ihre Lebensgrundlage und ihre Nahrung kommt aus dem Meer. Sie leben von der Fischerei, sie fischen und verkaufen ihren Fang. Das Problem ist, dass sie anders als früher wegen der steigenden Meeresspiegel und der rauen See – ausgelöst durch Wetterveränderungen – nur noch selten hinausfahren. Das ist ein sehr großes Problem, denn die Fischerei ist die einzige Einkommensquelle in dieser Gegend. Und wenn man die Küstenorte betrachtet, dann sieht man, dass dies zumeist sehr arme Dörfer sind, in denen aufgrund ihrer Lage Arbeitslosigkeit, Alkohol- und Drogenmissbrauch zusammentreffen. In diesen Gegenden gibt es keine Entwicklung dahingehend, dass sich Menschen andere Einkommensquellen eröffnen als die Fischerei. Im Fall dieser vier Fischer haben wir eine Forschungsinitiative versucht, bei der die Fischer ihre Geschichten festgehalten und dokumentiert haben, was sich für sie in dieser Zeit verändert hat. Denn als sie zur EMG [Environmental Monitoring Group] kamen, konnten wir nicht mit Sicherheit sagen: „Ja, es liegt am Klimawandel, dass ihr keinen Snook fangt oder die anderen Fische, die man normalerweise zu bestimmten Zeiten fischt“. Und die gesetzlichen Bestimmungen haben es ihnen nicht einfacher gemacht, denn dazu gehört das, was wir in Südafrika „Quoten“ nennen: Man kauft eine Lizenz für eine bestimmte Zeit, in der eine bestimmte Fischart da ist, die man dann fischen und verkaufen kann. Aufgrund der veränderten Wetterbedingungen ist es dann so, dass sie in dem betreffenden Monat ... der einzige Zeitraum, in dem sie etwas fangen, ist gegen Ende des Monats, wenn sie dem Gesetz nach gar nicht mehr an der betreffenden Stelle fischen dürfen, wo die Fische sind, sodass sie ihrer Lebensgrundlage beraubt sind. Das treibt die Fischer dazu, illegal zu fischen wofür sie dann bestraft werden. Und das liegt an der veränderten Wassertemperatur. Wenn es zu kalt ist, bleibt die Fischart während des begrenzten Zeitraums aus, in dem der Fischer eine Lizenz hätte, sie zu fischen.

Diese Fischer und Forscher haben sich also engagiert, um die Gesetzgebung zu ändern, denn sie sind der Meinung, dass sie vor allem der Industriefischerei zugute kommt und nicht die kleinen Fischer berücksichtigt, die von dieser Art Arbeit vollkommen abhängig sind. Und die Regierung hat daraufhin eine neue Richtlinie herausgegeben, der gemäß in einem bestimmten Gebiet nur kleine Fischer fischen dürfen. Die Regierung versucht, die Bedürfnisse der kleinen Fischer zu berücksichtigen und ihre Situation zu verbessern.

Hierfür bedarf es Verantwortung, denn wenn sie ein Gebiet erhalten, wird die Anpassung an neue Bedingungen zu einem wichtigen Teil ihres Lebens. Welche anderen Lebensgrundlagen gibt es? Und wie sorgt man dafür? Wie betrachtet man Umweltfragen, die über die Fragen von Fortpflanzungszeiten hinausgehen? Warum muss ein bestimmter Zeitpunkt abgewartet werden, um fischen zu dürfen? Und wie schaffen wir es, dieses Gebiet ertragreich zu erhalten, damit wir länger fischen können? Welche anderen, möglichen Lebensgrundlagen gibt es in diesem Gebiet? Was können die Frauen in den Dörfern tun? Wie können wir als Gemeinschaft überleben, auch wenn wir nicht mehr fischen können, weil wir z. B. nicht hinaus aufs Meer fahren können? Wie können wir trotzdem noch unsere Kinder zur Schule schicken?

Die Regierung stellt diesen Gemeinschaften nicht genug Mittel für diese Art der Anpassung bereit, um sie in die Lage zu versetzen, für sich selbst und die Kinder der Gemeinschaft zu sorgen. Das macht die Küstendörfer in der gesamten Gegend des Northern Cape und Capetown sehr verletzlich. Und es geht hier auch wirklich um Entwicklung. Wenn wir nicht Energie und Ressourcen aufbringen, um Alternativen zu schaffen und diese Gemeinden weiterzuentwickeln, damit sie autonom werden. Sich auf finanzielle Hilfe und Lebensmittelpakete zu verlassen und zu sagen: „Ach, Deutschland schickt uns Lebensmittel oder der Staat gibt uns Geld“, nimmt das Problem nicht in Angriff. Wie schaffen wir es, in diesen Gemeinden Selbsterhaltungskraft und Ausdauer herzustellen? Wie können wir ihnen helfen, Strukturen zu entwickeln, die Autonomie zu fördern und so zu mehr Selbstbewusstsein führen, damit sich die Menschen als Handelnde erleben und sich nicht nur als Empfänger von Almosen und Mitleid beschämt fühlen? Denn schließlich sind sie nicht verantwortlich für die Entwicklungen, die ihr Schicksal bestimmt haben. Und ich bin der Meinung, dass die Welt aufwachen und erkennen muss, dass diese Menschen nicht verdient haben, was auf sie zukommt. Niemand von uns hat das. Wir müssen uns dafür engagieren, das Selbstbewusstsein der Völker Afrikas wiederzuerwecken.

Jan **Urhahn** (Oxfam): Vielen Dank für Eure Vorträge. Das war jetzt natürlich ein relativ schneller Ritt durch die verschiedenen Folgen, die der Klimawandel vor allem in den südlichen Ländern, in armen Ländern, mit sich bringen kann. Es wurden nicht nur bestimmte Folgen beschrieben, sondern es gab natürlich auch schon mitreißende Statements, Forderungen an die Politik, sich dem Problem des Klimawandels tatsächlich anzunähern, es ernst zu nehmen und anzugehen. Ich würde vorschlagen, dass wir vielleicht als Erstes eine Fragerunde machen, weil es bestimmt auch die eine oder andere Verständnisfrage gibt und dass wir das vielleicht zuerst machen und danach noch eine zweite Runde haben, wo wir vielleicht noch allgemeiner in die Diskussion gehen können.

Vorsitzende: Von unserer Seite, herzlichen Dank für die Berichte. Ich finde, sie waren sehr ergreifend. Ich möchte jetzt die Kolleginnen und Kollegen auffordern, Fragen zu stellen. Als Erster hatte sich Abg. Frank **Schwabe** (SPD) gemeldet.

Abg. Frank **Schwabe** (SPD): Vielen herzlichen Dank für die beeindruckenden Berichte. Ich habe zwei Bemerkungen, die Sie vielleicht kommentieren möchten und dann eine konkrete Nachfrage. Erste Bemerkung: Mich macht es immer sehr nachdenklich, diese Berichte zu hören und ich glaube, es ist für Deutschland, für die deutsche Debatte, unglaublich wichtig, dass Sie hier in Deutschland sind und berichten, damit die deutsche Gesellschaft verstehen kann, dass Klimawandel real stattfindet. Das ist keine Theorie, man muss nicht darüber diskutieren, ob es den Klimawandel gibt oder nicht gibt. Den gibt es und Sie haben die konkreten Auswirkungen bei sich vor Ort. Eine zweite Bemerkung: Am Montag war eine Veranstaltung, da hat Christoph Zöpel, ehemaliger Staatsminister im Auswärtigen Amt hier in Deutschland, Zahlen genannt. Das waren die Zahlen 20, 10, 5, 1 und 0. Das waren die Zahlen des Pro-Kopf-Ausstoßes an CO₂ pro Jahr in unterschiedlichen Ländern. 20 Tonnen pro Kopf im Jahr in den USA, 10 Tonnen hier in Deutschland, 5 Tonnen in China, 1 Tonne in Indien und 0 Tonnen – ein bisschen mehr ist es, das weiß ich - sind es in Afrika und in Papua-Neu-Guinea wird es nicht viel mehr sein. Und deswegen ist es wichtig, dass wir hier die entsprechenden Maßnahmen ergreifen. Ich habe gelernt, dass Sie auch von der Europäischen Union eine Vorreiterrolle einfordern, dass wir in Deutschland und in Europa unsere Ziele im Bereich der Mitigation verschärfen sollen und dass wir gleichzeitig im Bereich der Adaption, die

Gelder, die wir zugesagt haben, auch zur Verfügung stellen müssen. Vielleicht mögen Sie das gleich noch einmal kommentieren.

Ich habe noch eine konkrete Frage: Der Umweltminister von El Salvador, den die Klimaabgeordneten auch in Cancún getroffen haben und wahrscheinlich auch in Durban wieder treffen werden, hat vor kurzem anlässlich von schlimmen Sturm- und Überschwemmungsereignissen in El Salvador gesagt, dass es vor allen Dingen in den letzten Jahren eine Veränderung gegeben hat. Dass es in den 60er- und 70er-Jahren pro Jahrzehnt vielleicht zwei solche dramatischen Ereignisse gab und heute gibt es solche dramatischen Ereignisse teilweise zweimal im Jahr. Das wäre vielleicht noch einmal interessant für uns, dass Sie noch einmal genauer sagen, wie sich das aus Ihrer Sicht in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten verändert hat und wo man den Klimawandel denn genau sehen kann gegenüber den Naturereignissen, die es auch früher schon gegeben hat. Vielen Dank.

Vorsitzende: Ich schlage vor, wir sammeln jetzt Fragen und beantworten sie dann. Als Nächster bitte Abg. Michael **Kauch** (FDP).

Abg. Michael **Kauch** (FDP): Vielen Dank für die beeindruckenden Worte. Einerseits gibt es die Notwendigkeit, dass wir über die Bekämpfung des Klimawandels sprechen, was auch unsere Aufgabe ist. Andererseits ist es auch wichtig, dass wir die nationalen Regierungen und auch die ländlichen Gemeinschaften in den Entwicklungsländern unterstützen und dass wir ihnen bei der Anpassung helfen. Die Vertreter von Entwicklungsländern erzählen uns oft, dass es eine Kritik bzgl. der Anpassungsstrategien der Regierungen ihrer Länder gibt. Die Gesellschaft wird nicht genügend eingebunden sowie auch nicht die ländliche Bevölkerung, die vor Ort lebt. Wie stehen Sie zu diesem Punkt? Gibt es dort eine Beteiligung der Gesellschaft? Können die Entwicklungsländer Prozesse dieser Art unterstützen? Gibt es dort eine Zusammenarbeit? Gibt es ausreichende Entwicklungshilfe in diesem Bereich, auch von Seiten Europas?

Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke an Euch drei, Danke ebenfalls auch an unsere Vorsitzende und an Oxfam, die das möglich gemacht haben. Ich arbeite im Bereich Klimawandel seit 15 Jahren und ich war Teil des diplomatischen Corps. Das ist natürlich weit vom Leben der Menschen entfernt. Hier im Bundestag, in der Politik, habe ich weiterhin das Gefühl, dass ich keinen Kontakt mehr zu den

Leuten habe, die vom Klimawandel betroffen sind. Es ist sehr wichtig, dass Sie heute hier sind, dass Sie uns Ihre Berichte geben. In Durban werden wir versuchen, auch die Bevölkerung vor Ort zu besuchen, um zu sehen, wie sie mit dem Klimawandel und den Auswirkungen fertig werden. Meine Frage an Sie: Was erwarten Sie von uns? Wir hatten gerade eine Sitzung der Finanzminister der EU und dabei wurden Geldmittel für eine Fast-Start-Finanzierung bereit gestellt. Aber viele dieser Geldmittel sind nicht gebunden. Es gibt keine Verpflichtung zu einer langfristigen Finanzierung, so wie man es in Cancun versprochen hat. Das ist aber mit Sicherheit etwas, was wir im reichen Norden tun können, um die Gemeinschaften bei Ihnen zu unterstützen. Wir setzen uns für eine stärkere Bekämpfung des Klimawandels sowohl hier im Norden als auch in den Schwellenländern ein. Sie sind jetzt in Deutschland, erwarten Sie irgendetwas von der deutschen Regierung?

Abg. Eva **Bulling-Schröter** (DIE LINKE.): Ich bin Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE. Wir fahren nach Durban und ich muss sagen, ich bin wenig zuversichtlich. Ich habe auch Angst davor, zurückzukommen und mit leeren Händen dazustehen, wenn uns die Bevölkerung, die sich sehr dafür interessiert, was mit ihnen passiert, hier Fragen stellt - was für Ergebnisse Durban gebracht hat. Meine Frage, gibt es denn eine konkrete Möglichkeit? Was könnten Sie sich als erste Maßnahme vorstellen? Wir wissen, es muss Geld für Adaption zur Verfügung gestellt werden. Wir haben gehört, es gibt zu viel Bürokratie. Wir haben viele Dinge besprochen. Aber was könnte ein konkreter Ansatz für Ihre Länder sein? Was können wir diskutieren, wie könnte konkret Hilfe entstehen?

Klimazeugin Hauwa **Uma-Mustapher** (Nigeria): Was die unmittelbaren Erwartungen an Durban betrifft, so denke ich, dass eine davon ist ... Es gibt das Kyoto-Protokoll und damit waren viele Erwartungen verbunden. Und einige der Verpflichtungen bezüglich der Verringerungen von Treibhausgas-Emissionen wurden nicht vollständig erfüllt. Ich denke, was die Verpflichtungen und die starke Verantwortung der nördlichen Staaten betrifft, sollte die deutsche Regierung sicherstellen, dass es eine starke und bindende Verpflichtung gibt, von Deutschland und natürlich auch von der EU, die Emissionen von Treibhausgasen kurzfristig zu verringern.

Deutschland zum Beispiel ist eine der größten Industrienationen in der EU. Es muss Sanktionen gegen die Industrie geben, wenn sie sich nicht an den Zeitplan zur Verringerung von Treibhausgas-Emissionen hält. Und weitere deutsche Industrieunternehmen und -zweige mit

Aktivitäten in anderen Teilen der Welt, besonders in Afrika – es gibt sie in Nigeria, in Südafrika, überall ... Wenn diese Unternehmen oder Industriezweige sich nicht an die angestrebten Emissionsziele halten, sollten ihnen Sanktionen auferlegt werden. Denn wir müssen politisch gegen Industriebereiche vorgehen, die sich nicht an Vorgaben halten, und auch gegen die Regierungen, die diese Industriebereiche unterstützen. Das ist eine unserer Erwartungen.

Was die Bereitstellung von Mitteln angeht: Das gehört zu unseren Kritikpunkten an der Afrikahilfe. Sie geht von Regierung zu Regierung. Aber wir wissen auch, dass man, wenn man von „Bürokratie“ spricht, oft nur versucht, sich freundlich auszudrücken. Wir wissen, dass Bürokratie ... oder um es deutlicher zu sagen: Korruption – dass Korruption in den bürokratischen Strukturen weit verbreitet ist. Und was man daher in Deutschland unter dem Strich erwartet, sind Zahlen. Aber die Wirklichkeit vor Ort sagt sehr viel mehr aus als Zahlen. Wir wünschen uns daher, dass Sie sicherstellen, dass sich die Wirklichkeit vor Ort ändert, bevor Sie Ressourcen investieren. Und dass Sie schlussendlich, wenn Sie überprüfen, wie und mit welchem Ergebnis die Ressourcen genutzt wurden, die Frage stellen: Wie haben sich die Gemeinschaften verändert? Wie war die Lage, bevor Sie Ihre Euros investiert haben, und wie ist sie am Ende des Zeitraums, wenn Sie Ergebnisse erwarten – jenseits der reinen Statistik? Denn Statistiken erzählen uns viel über Wachstum, Wachstum, Wachstum. Das Wachstum nimmt überall zu, sogar in Nigeria. Aber es entspricht nicht dem Maß an Entwicklung, besonders dann nicht, wenn wir diese Entwicklung an der menschlichen Entwicklung messen.

Und so denke ich, dass wir anfangen müssen, neu zu messen; wir müssen unsere Strategie zur Ressourcenverteilung neu ausrichten. Es geht nicht um den Umfang der Mittel, sondern um die Wirkung, die diese Mittel erzielen. Und dann sollten wir später wiederkommen und sagen: In dieser Gemeinschaft hat sich aufgrund der Mittel, die jetzt hierher geflossen sind, die Anpassung an den Klimawandel auf diese Weise verändert. So hat sich das Verständnis des Klimawandels verändert. So hat sich die Einstellung verändert. So hat sich das Einkommen durch die Existenzgrundlage verbessert. Ich denke, das sind die Dinge, die wir brauchen. Viel mehr als nur politische Richtlinien oder Ressourcen oder finanzielle Mittel. Wir möchten die tatsächlichen Ergebnisse sehen. Und ich denke, die deutsche Regierung kann auch andere europäische Länder und die Europäische Gemeinschaft als Ganzes beeinflussen, um sicherzustellen, dass die Ressourcen da eingesetzt werden, wo sie

eingesetzt werden sollten, damit wir die Ergebnisse auch bei uns vor Ort sehen. Vielen Dank.

Klimazeugin Zukiswa Millicent **Nomwa** (Südafrika): Ergänzend dazu und besonders zur Frage der Mittel und wo die Mittel hingehen, möchte ich sagen, kommen sie wirklich ganz unten an, dort, wo sie ankommen sollten? Und zum Prozess, der zur COP17 führte: Befinden sich die Regierung und die Zivilgesellschaft wirklich in einem Dialog, um sicherzustellen, dass die Veränderungen stattfinden? Die Wirklichkeit sieht so aus, dass das gegenwärtige System voller Mängel ist.

Ich möchte Deutschland ein großes Lob dafür aussprechen, dass Sie uns die Gelegenheit geben, hierher zu kommen und darüber zu berichten, was tatsächlich geschieht. Denn man hätte auch einfach nur die Regierungen um einen Bericht über die Nutzung von Mitteln bitten können. Und das wäre in den meisten Fällen lediglich eine Wunschliste gewesen und sehr irreführend.

Ich möchte hinzufügen, dass wir zu einem Punkt kommen müssen, an dem wir in der Lage sind, diese Dinge zu messen, zu messen, was hereinkommt und was herauskommt, indem wir wirklich dorthin gehen, wo es wichtig ist und nicht nur Regierungen miteinander sprechen lassen. Wir müssen mit den Menschen selbst sprechen, um herauszufinden, wie ihre Lebensumstände aussehen und was dort geschieht. Und ich denke, dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Und beim Kyoto-Protokoll und den vorangegangenen Klimakonferenzen beinhaltete die Frage „Was können wir tun?“ in meinen Augen einen wunderbaren Wunschzettel, der entworfen wurde, und den die Leute aus Cancún, von der COP16, aus Kopenhagen und anderswo mitbrachten, eine Liste von Wünschen mit dem Inhalt: „Das sollte getan werden. Das sollte gegeben werden.“ Wie wäre es damit, das wirklich in die Tat umzusetzen? Denn es ist alles nichts Neues, was wir hier sagen. Und was die Staaten und Regierungen diskutiert haben, darüber, wie die Folgen des Klimawandels abgeschwächt werden, kompensiert werden können, über Sanktionen, darüber wurde alles gesagt. Wie kommen wir also dahin, diese Punkte, die wir diskutiert und besprochen haben, praktisch umzusetzen? Und von den Wunschzetteln wegzukommen, denn die haben offensichtlich nicht funktioniert. Die Menschen haben schwer an den Auswirkungen des Klimawandels zu leiden. Wie können wir also erfolgreich den nächsten Schritt machen?

Und last but not least möchte ich sagen, dass die Menschen in diesem Raum die Macht haben, die Forderung nach einer rechtlich verbindlichen und gerechten Klimawandelvereinbarung zu beeinflussen – rechtlich verbindlich. Denn wenn wir hier nur sitzen und zu einer weiteren, teuren Teeparty nach Südafrika fliegen, und alles nur, um mit einem Stück Papier zurückzukommen, auf dem steht: „Wir würden gerne dieses Versprechen machen, aber aus diesen und jenen Gründen ...“ Wir müssen uns mit der Realität befassen und uns fragen: Was können wir tun? Wie können wir die Staatsführer beeinflussen, um eine tatsächlich rechtlich verbindliche Übereinkunft zu erzielen? Das ist es, was wir uns erhoffen. Das ist es, was wir hier immer wieder sagen möchten: Lasst uns konkret werden. Wir brauchen keine COP18, um die COP17 und Cancún und die COP16 zu diskutieren. Wir haben schon zu viel geredet. Wir brauchen praktische Lösungen. Vielen Dank.

Vorsitzende: Abg. Michael **Kauch** (FDP) bitte.

Abg. Michael **Kauch** (FDP): Ich möchte auf Ihre Anmerkungen reagieren. Es geht um eine rechtsverbindliche Vereinbarung, um eine weltweite Vereinbarung, und es geht darum, nicht nur immer weiter zu reden. Die EU kann klar sagen, dass wir unter den Hauptverursachern sind. Dann gibt es aber auch andere, die nicht in Kyoto eingebunden sind, die aber auch zu den Hauptverursachern zählen, wie z.B. die Vereinigten Staaten und China. Mein Eindruck zu den COP's ist, dass mehr Druck von den Schwellenländern, wie z. B. Südafrika, auf Länder wie China ausgeübt werden kann. Wir sehen in den Verhandlungen immer, dass die Chinesen eine Mauer um die anderen Entwicklungsländer bilden, obwohl diese ganz andere Interessen haben. Es wäre auch gut, wenn es in diesen Ländern eine Debatte dazu gäbe. Es geht hier um die Beziehungen zu den Hauptverursachern und den hauptsächlich betroffenen Ländern, im Kreis der Schwellen- und Entwicklungsländer.

Abg. Andreas **Jung** (Konstanz) (CDU/CSU): Ich möchte mich bedanken. Es war sehr eindrucksvoll, Ihre Berichte zu hören. Wir führen am Rande der Klimakonferenzen wieder Gespräche mit Betroffenen aus den Ländern. Es ist jedes Mal eine besondere Erfahrung, weil es eben etwas ganz anderes ist, ob man Berichte nur liest oder eben wie von Ihnen ganz unmittelbar und direkt geschildert bekommt. Deshalb darf ich für die CDU/CSU-Fraktion nur unterstreichen, dass wir uns und auch die Bundesregierung insgesamt, in einer

besonderen Verantwortung sehen, im Klimaschutz an der Vorreiterrolle festzuhalten. Gerade auch bei Fragen der Anpassung an den Klimawandel und das, was damit zu tun hat. Es ist zu sagen, dass Parlamentarier, auch innerhalb dieser Regierung, eine aktive Rolle einnehmen und nun wieder darauf drängen müssen, dass die Zusagen, die gemacht worden sind, eingehalten werden, dass man tatsächlich die Partnerschaften pflegt, die man so lange gefordert hat. Herzlichen Dank.

Vorsitzende: Danke, dann Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Es kommt nicht oft vor, dass ich mit meinem verehrten Kollegen, Abg. Michael **Kauch** (FDP) übereinstimme, denn wir kommen aus verschiedenen politischen Parteien. Deshalb möchte ich noch einmal das unterstreichen, was auch er gesagt hat. Oft ist es der Fall, dass sich Länder wie China und auch Saudi-Arabien hinter anderen Ländern, die aus dem Süden der Hemisphäre kommen, verstecken und damit auch Probleme umgehen können. Die G77 und China sind eine komplexe Gruppe mit sehr verschiedenen Interessen. Es ist jetzt an der Zeit, dass die kleinen Inselstaaten, die am wenigsten entwickelten Staaten, ihre eigenen Interessen formulieren und ihre eigenen Forderungen gegenüber diesen Ländern vertreten. Sie haben schon damit begonnen. Aber viele dieser Länder haben doch unterschiedliche eigene Interessen. In den vergangenen Jahren haben wir gesehen, dass sich ohne diesen moralischen Imperativ, der aus Ländern Ihres Kreises kommt, nichts bewegt. Ich hoffe, dass die Menschen Ihres Landes und auch Ihre Regierung jetzt in den Verhandlungen Druck ausüben, auch innerhalb der G77 und gegenüber China, so dass wir zu einer guten Lösung kommen können.

Klimazeugin Serafina Gigira **Aupong** (Papua-Neuguinea): Das Einzige, was ich zu China und Chinas Beziehung zu Papua-Neuguinea sagen kann, ist, dass wir von China nicht viel über den Klimawandel hören. Das Einzige, woran China in unseren Augen interessiert ist, sind die Rohstoffindustrien in unserem Land. Unsere Organisation, die Bismarck Ramu Group, setzt sich daher momentan vor allem für zwei Themen ein. Zum einen arbeiten wir mit den Menschen vor Ort zusammen, um eine sehr große Nickelmine zu stoppen, die der chinesischen Regierung gehört. Und zum anderen wollen die Chinesen in dem Landesteil, in dem unsere Organisation ansässig ist, zehn weitere Thunfischkonservenfabriken bauen. Wir hören aus China nicht viel über die

Klimaauswirkungen und irgendwelche Bedenken dazu. Wir hören nur über die Rohstoffindustrien und die Projekte, die sie in Papua-Neuguinea errichten wollen, um an unsere Ressourcen heran zu kommen.

Klimazeugin Zukiswa Millicent **Nomwa** (Südafrika): Ich glaube, dass uns in Südafrika die Position Chinas und der Einfluss Chinas paradoxerweise sehr bewusst ist. Sie müssen verstehen, dass es sehr viele Beratungen zur COP17 mit der Zivilgesellschaft gab. Das ist eins der Probleme, die wir angesprochen haben. Die Berichte, die wir in der Zivilgesellschaft von der Regierung bekommen, enthalten Unwahrheiten. Es gibt Belege darüber, dass wir Beratungen hatten. Und es gibt diese große Phrase, die ich hasse, wenn ich sie von Regierungsleuten oder Präsidenten höre – wenn sie sagen: „Wir überprüfen diesen Fall“. Ich verabscheue diesen Begriff, denn in der Hälfte der Fälle belassen sie es dabei und berichten nicht, nachdem sie ihre Nachforschungen angestellt haben, zu welchen Ergebnissen sie gekommen sind und wie es nun weitergeht.

Wir haben es besprochen und ich habe leider noch keine Antworten und kann nicht sagen: „Dies sind die Lösungsvorschläge, die wir gesammelt haben“. Und ich möchte sagen, dass es dann wirklich schwierig wird, wenn es um Ressourcen, Mittel und Regierungsvereinbarungen geht, die für die Gemeinden und die Menschen im Land nicht transparent und nachvollziehbar sind. Denn sie schließen Verträge mit China ab ... und wir lesen das dann nur in den Zeitungen, da steht „Zwei Millionen für ...“. Aber niemand verrät uns, was die Bedingungen für diese Abkommen sind. Und das ist vielleicht nur zum Schutz der Führungen. So sehr wir auch glauben mögen, dass wir für dieselbe Sache kämpfen. Es gibt grundlegende Probleme, wo wir es nicht schaffen, uns zusammzusetzen und sie grundsätzlich zu klären.

Und niemand weiß das besser als die Weltpolitiker. Und ich fordere, dass sie in ihren Gesprächen die Bandagen abnehmen und ehrlich sind. Egal, ob China oder Deutschland oder wer auch immer. Wir können nur hoffen und Druck auf unsere Regierungen ausüben. Aber wir können nicht sicher sein, dass dieser Druck bis hinter die geschlossenen Türen reicht. Wir haben versucht, Druck auszuüben. Wir haben Protestmärsche veranstaltet, wir haben Konferenzen einberaumt. Wir haben alle Mittel eingesetzt, um zu überzeugen. Bisher hat es nicht zum Ziel geführt. Noch nicht. Aber wir hoffen, dass Konferenzen dieser Art etwas bewegen. Und wenn wir sogar die Gelegenheit bekämen, eine ähnliche Konferenz mit China zu haben ... Denn die Regierungen haben eindeutig

versagt, wegen irgendwelcher Vereinbarungen, die sie haben. Doch dies ist eine Gelegenheit für uns, aufzutreten und zu sagen: „Hört zu, es ist nicht so, wie es aussieht. Was Ihr für die Wahrheit haltet, ist nicht wahr. Wie können wir das also ändern?“ Leider werden wir nicht die Möglichkeit bekommen, in jedes Land zu gehen und dort zu sagen, was wirklich in unseren Ländern geschieht.

Klimazeugin Hauwa **Umar-Mustapha** (Nigeria): Das Problem des Klimawandels im Allgemeinen, was es offenkundig und problematisch macht – die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Folgen des Klimawandels. Dennoch, in Bezug auf China denke ich: Obwohl der Klimawandel schlecht ist, weil er viele soziale und wirtschaftliche Auswirkungen hat, ist doch die Lösung, um die Auswüchse des Klimawandels in Schach zu halten oder den Klimawandel zu begrenzen, vor allem politisch, eher politisch als wirtschaftlich. Und hier wird die Rolle, die ein Land wie Deutschland spielen kann, noch wichtiger als das, was China tun kann. Denn China mag zwar eine Wirtschaftsmacht sein, aber es hat politisch einen nicht so großen Einfluss in der Welt wie Deutschland. Und ich denke, dass politische Macht sogar wirtschaftlicher Macht weitgehend übergeordnet ist. Denn man kann Gesetze erlassen und politische Richtlinien schaffen. Ich denke also, dass wir den Beitrag von Ländern wie China, Japan und Saudi-Arabien soweit anerkennen. Qatar strebt auf, genau wie andere Schwellenländer. Aber wir brauchen eine starke politische Macht, die diese Auswüchse in Zaum hält und beendet.

Zum Beispiel die Produkte aus China ... Wir brauchen eine starke weltpolitische Richtlinie, die sicherstellt, dass Produkte aus aller Welt den Klimarichtlinien entsprechen.

Und ich denke, dass es einer großen politischen Macht bedarf, um diese Art von Richtlinien und politischen Grundsätzen zu entwickeln und sicherzustellen, dass sie befolgt werden. Womit wir wieder auf Länder wie Deutschland zurückkommen und sagen, dass Deutschland sehr viel mehr erreichen kann, als die wirtschaftliche Macht einiger dieser Schwellenländer erreichen kann. Also liegt die Verantwortung immer noch bei Ländern wie Deutschland. Sie haben diese sehr große Verantwortung und wir bitten Sie dringend, dass Sie diese Macht nutzen, Ihre politische Macht – die Sie einsetzen können, die überall in der Welt Gewicht hat, ob im Westen, im Osten, in Afrika, wo auch immer. Sie haben die politische Macht, und darum freuen wir uns, hier zu sein und in Deutschland zu sprechen. Mehr noch, wir sind

überzeugt, dass die Auswirkungen unseres Auftritts hier stärker sein werden, als wenn wir dasselbe in China tun könnten. Wir würden uns weniger Ergebnisse, weniger Fortschritte erwarten, wenn wir in China sprechen würden und nicht hier. Darum denke ich, dass wir glauben, dass Deutschland diese Art Verantwortung hat, sogar die Tragweite der anderen Länder zu übertreffen. Vielen Dank.

Vorsitzende: Danke. Dann Abg. Frank **Schwabe** (SPD).

Abg. Frank **Schwabe** (SPD): Ich will mich ausdrücklich, weil gerade die Zivilgesellschaft angesprochen wurde, noch einmal auch bei denjenigen in der Welt bedanken, aber vor allem in Afrika und Südafrika für das große Engagement, was es im Vorfeld der COP17 gibt. Durch Oxfam, Brot für die Welt, Misereor und andere haben wir einige der Akteure kennen lernen können, im kirchlichen Bereich und in den Umwelt- und Menschenrechtsgruppen in den letzten Wochen und Monaten. Deswegen weiß ich, welche gute Vorbereitung es dort gibt. Ich fand es gut, dass wir am Ende dann jetzt noch einmal auch auf die Europäische Union und Deutschland zu sprechen kommen, weil ich die Debatte über China und USA und alle anderen natürlich spannend finde. Das ist gar keine Frage, dass es auch in der G77 andere Mechanismen zukünftig geben muss, weil die Interessen in der Tat sehr unterschiedlich sind. Ich weiß aber auch, wie schwierig das ist, weil der ökonomische Einfluss von China sehr groß ist, auch gerade in Afrika und in anderen Teilen der Welt.

Ich will doch noch einmal sagen, wir hier in Deutschland und in der Europäischen Union: Es ist schon wichtig, zunächst zu überlegen, was man selbst tun kann, bevor man darüber nachdenkt, was andere noch so alles tun können. Das muss für Sie in der Tat, wenn Sie zum ersten Mal in Berlin sind, auch relativ absurd wirken, wenn wir hier darüber jammern, dass wir zu viel Geld aufwenden müssen oder dass wir nicht in der Lage sind, unsere CO₂-Reduktion vornehmen zu können, wenn sie sich hier umschauen in Deutschland und die Rahmenbedingungen sehen, unter denen wir leben. Deswegen will ich es doch noch einmal betonen, die Europäische Union hat durchaus viel im Bereich der Reduktion des Treibhausgasausstoßes gemacht, aber wir könnten deutlich mehr tun. Wir haben die Ziele eigentlich fast schon erreicht, die wir uns bis 2020 vorgenommen haben. Deswegen wäre es dringend notwendig, um auch für die internationale Debatte einen neuen Schub zu

geben, um anderen Ländern zu zeigen: Wir glauben daran, dass eine CO₂-ärmere Wirtschaft auch eine gute Wirtschaft ist. Dass dort Produkte entwickelt werden, die zukunftsfähig sind. Dass wir hier in Europa uns zu einer weiteren Reduktion verpflichten - von 30%-Punkten, was wir heftig diskutieren in der Europäischen Union, aber auch hier im Deutschen Bundestag. Da gibt es durchaus auch Debatten zwischen den verschiedenen Parteien und Fraktionen. Das Zweite ist existenziell, glaube ich, nach allen meinen Gesprächen, die ich führe, dass wir im Bereich der Finanzzusagen verlässliche Zusagen machen. Dass wir das, was wir in Fast-Start-Fragen oder in anderen Fragen zusagen, dann auch einhalten und dass die Entwicklungsländer - nicht unbedingt nur die Regierung, sondern auch die Zivilgesellschaft - das überprüfen können und sehen können, halten die das auch ein. Dass man das überprüfbar macht und dass man auch klar benennt, was sind die Finanzquellen, aus denen z. B. Anpassungsmaßnahmen, Adaptionenmaßnahmen, bis zum Jahr 2020 finanziert werden sollen. Sonst ist das nicht glaubwürdig, wenn wir über 100 Mrd. Dollar und mehr für das Jahr 2020 reden. Ich glaube, es muss in den einzelnen Ländern sehr schnell auf den Tisch. Was sind die Geldquellen, aus denen das Geld eigentlich kommen soll und sollen es vor allen Dingen zum größten Teil öffentliche Gelder sein oder sollen es eher Privatgelder sein? Keiner weiß genau, wie ist jeweils die Marktsituation und kommt genug Geld in diesen Fonds hinein. Es ist auch an uns selbst hier gerichtet. Aber ich glaube, wir haben die Debatte mittlerweile so erweitert, dass wir über Anstrengungen der Welt reden. Ich glaube, wir sollten vor allen Dingen über die Anstrengungen auch reden, die wir in Deutschland und Europa noch vornehmen müssen.

Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank für den Vortrag und die Beantwortung der Fragen. Aus meiner Sicht stimme ich Ihnen vollkommen zu. Wir reden viel zu sehr über den großen Wurf und wenig über die konkreten kleinen Maßnahmen, die auch nachvollziehbar sind. Weil, es lässt sich herrlich über einen Traum debattieren. Aber wenn man nicht sieht, dass es vorwärtskommt, geht es nicht weiter. Jetzt möchte ich zur EU kommen: Sicher haben wir in der EU CO₂-Minderungsziele erreicht. Aber haben wir die wirklich erreicht oder haben wir die CO₂-Minderung nur verlagert? Wenn wir energieintensive Industrie aus Deutschland, aus der EU, verlagern nach Afrika, nach China, nach Südamerika und die Rohstoffe dann einfach nur importieren, dann haben wir zwar weniger CO₂ ausgestoßen, aber in der Gesamtzahl ist es gleich geblieben. Das große Problem und

deswegen ist es gut, dass Sie hier sind, ist, wie bringe ich der Bevölkerung bei und auch den Verantwortlichen, dass ein „so weiter wie bisher“ nicht funktioniert und dass ein nur aus dem Lande Verlagern das Problem nicht löst? Das muss in die Köpfe rein. Das ist eins von den wichtigen Ergebnissen, die wir hoffentlich stückchenweise erreichen, mit so etwas wie heute. Wir müssen bei uns selbst anfangen, bei unserer Lebensweise. Das sage ich ganz klar. Der Benzinverbrauch unserer Pkw-Flotte ist seit den 70er Jahren nicht zurückgegangen. Die Motoren sind sparsamer geworden. In dem Maße, wie die Motoren sparsamer geworden sind, wurden die Autos größer. Es gab mehr pro Haushalt. Ob es notwendig ist, die Frage stellen wir nicht. Es geht um Wachstum. Das Wachstum stößt an Grenzen. An dieser Stelle müssen wir uns an die eigene Nase fassen und sagen, wir müssen an dieser Stelle Ehrlichkeit entwickeln. Wir dürfen nicht den CO₂-Ausstoß in Europa bewerten, sondern wir müssen den CO₂-Verbrauch, den wir weltweit verursachen, bewerten. Nur dann kommen wir zu ehrlichen Zahlen, dann können wir Maßnahmen erreichen. Damit können wir hier im Bundestag anfangen. Wir haben zwar heute die Energieeffizienzrichtlinie verschoben, aber ich sage noch einmal, Energieeffizienz in Europa bemisst sich nach Bruttoinlandsprodukt zu Energieverbrauch.

Wenn ich Aluminium aus Deutschland, das einen hohen Energieverbrauch und einen geringen Bruttoinlandsproduktanteil hat, nach Norwegen verlagere, dann habe ich einen wahnsinnigen Schritt in der Energieeffizienz gemacht. Wenn ich das Aluminium dann importiere, habe ich aber nichts für die Umwelt erreicht. Da gehört Ehrlichkeit bei uns dazu. Da müssen wir Maßnahmen treffen, dass wir den Aluminiumverbrauch senken. Und zwar nicht relativ, sondern absolut. Ich bin froh, dass Sie hier sind. Ich hoffe, Sie können sich mehr mit der Zivilgesellschaft auseinandersetzen, weil ich befürchte, ein Großteil der Politik ist einfach viel zu sehr mit der Industrie, mit den Konzernen, verhaftet, die Geld daran verdienen, dass sie etwas verkaufen und nicht Geld daran verdienen, dass nichts verkauft wird, auch wenn es besser wird. Die Zivilgesellschaft müssen Sie erreichen. Wir werden dabei Unterstützung geben. Wenn wir die erreichen, haben wir eine Chance, etwas zu ändern, sonst nicht. Danke schön.

Vorsitzende: Danke schön. Möchten Sie darauf antworten?

Klimazeugin Zukiswa Millicent **Nomwa** (Südafrika): Nein, nur ergänzend zu dem, was Sie sagten, es ist zuerst eine Frage der Selbstbetrachtung, zu sagen, was man vorhat.

Tatsache ist, dass sich das wirklich an die Menschen richtet, die hier sitzen, zu sagen: „Betrachten wir uns selbst als Nation, als Deutschland“, wirklich hinzusehen und herauszufinden, wo man einen messbaren Einfluss hat. Und was Sie über Mittel sagten. Ich denke, das ist eine Frage für die Länder, die bestimmen, wo die Mittel hingehen. Denn es nützt nichts, wenn wir mit Geld herumwerfen und nicht genau wissen, was mit dem Geld passiert. Wie können wir messen, ob sich die Dinge im Sinne dieses Geldes wirklich zum Positiven verändern?

Und zu einem anderen Punkt, der erwähnt wurde: Das Problem nach außen zu verlagern, um sein Gewissen zu beruhigen und zu sagen: „Nun, ich bin nicht derjenige, der den Dreck macht. Seht Euch Deutschland an, wir sind sauber...“ Das bedeutet, den Kopf in den Sand zu stecken. Man weiß, dass das Problem früher oder später wieder auftauchen wird und sich rächt. Also geht es wirklich nicht einfach darum, das eigene Gewissen rein zu waschen und zu sagen: „Ah, wir sind auf dem Pfad der Tugend. Wie sollen wir das Problem so nachhaltig lösen? Statt es unter den Teppich zu kehren und in 20 Jahren wieder hier zu sitzen und über dieselben Dinge zu sprechen, über die wir schon seit Jahren diskutieren. Also denke ich, dass es wirklich ein großes Problem ist, wenn diese Art des Outsourcing geschieht. Wir müssen dem Problem auf den Grund gehen und versuchen, messbare und realistische Ziele einzuführen, die wir als Gemeinschaft zu erreichen versuchen.“

Abg. Eva **Bulling-Schröter** (DIE LINKE.): Ein wichtiger Bestandteil der CO₂-Emissionen ist der Waldschutz bzw. die Abholzung von Wald. Mich würde interessieren, wie können da Gelder fließen? Sie sprechen von Produktion. Wie könnten Strukturen entstehen, dass das Geld auch bei den Menschen ankommt? Das wäre die erste Frage.

Die zweite: Klimaschutz hat natürlich auch für mich etwas mit Wirtschaftsbeziehungen zu tun. Eine der Wirtschaftsbeziehungen wäre z. B. die Frage von Land Grabbing, das belastet mich persönlich sehr. Dass andere Länder in Ihren Ländern Boden aufkaufen können und Lebensmittel produzieren, die Ihnen fehlen oder auch die Frage der Wirtschaftsbeziehungen der EU. Beispielsweise: Bei uns werden in großen Massentierhaltungen Hühner produziert, die mit Subventionen in Ihre Länder gehen bzw. Teile davon und dort die Landwirtschaft zerstören. Jetzt wäre die Frage: Wie sehen Sie das und welche Möglichkeiten sehen Sie auch hier, abgesehen davon, dass wir natürlich in der EU etwas tun müssten, dass solche Fragen wie

Billigimporte gar nicht erst entstehen, ihre Landwirtschaft auch so zu stützen, dass so viel produziert wird, dass keiner mehr hungern muss?

Klimazeugin Hauwa **Umar-Mustapha** (Nigeria): Danke. Lassen Sie mich kurz darauf antworten. Zum Problem der Waldrodungen. An anderer Stelle in meinem Vortrag sagte ich, dass die Gefährdeten sich auch durch ihr eigenes Handeln noch verletzlicher machen und noch bedrohter von ernsthafter und großer Armut. Was für Alternativen gibt es denn? Die Menschen müssen essen. Und sie brauchen Energie. Wir müssen also eine Möglichkeit finden, eine alternative Energiequelle verfügbar und bezahlbar zu machen. Alternative Energie muss verfügbar und bezahlbar sein. Es gibt eine NGO in Nigeria, die versucht hat, ein CDM-Produkt (Clean Development Mechanism) zu entwickeln, einen Ofen, der nur sehr wenig Holz verbraucht und so etwas ist hilfreich ... als Alternative zur Verbrennung von Treibstoff. Aber leider gibt es hierfür keine Unterstützung der Regierung. Es ist auch ein Teil der schwachen und geringen Initiative sogar unserer eigenen Lokalregierung bei der Reaktion auf die Anpassungsstrategie und auch bei der Hilfe für lokale Gemeinden, sich so anzupassen, dass sie nicht auch noch ihre eigene, aktuelle Gefährdung verschlimmern. Daher denke ich, dass wir dies überprüfen müssen.

Momentan gibt es in Nigeria eine Politik der Wiederaufforstung, es werden Bäume gepflanzt. Doch das war nicht sehr effektiv, denn die Menschen fällen weiterhin Bäume als Einnahmequelle. Und wir müssen einen Weg finden, dieses Problem anzugehen. Ich denke, eine der Möglichkeiten dazu – der einfachste Weg – wäre sicherzustellen, dass es eine billige, erschwingliche alternative Energiequelle für alle gibt.

Solarenergie ist eine Quelle, wie gesagt. Wir verwenden Wasserkraft. Ich weiß, dass Sie hier in Deutschland Windenergie und Solarenergie vorantreiben. Und ich denke, dass die afrikanischen Regierungen, die afrikanischen Völker, insbesondere die Menschen auf dem Land, diese Unterstützung gebrauchen können, um eine billige, erschwingliche, alternative Energiequelle zu erhalten.

Und zur Frage, wie wir sicherstellen können, dass die Ressourcen die Menschen erreichen: Ich denke, dass das keine so schwierige Aufgabe ist. Wir wissen, wer die Menschen sind. Wir wissen, wo sie sind. Und das Gute an den meisten afrikanischen Gemeinden ist, dass es einen Zugang gibt. Sie können vielleicht nicht lesen und schreiben, sie sind vielleicht nicht

reich oder haben noch nicht einmal eine tragfähige Existenzgrundlage. Aber sie haben ihre eigene Art der Organisation. Und ich denke, es ist höchste Zeit, dass wir diese organisierten Gruppen einsetzen, um gemeinsam die Ressourcen dort hinzubringen und Rechenschaft für die Nutzung der Ressourcen abzulegen. Es gibt organisierte Gruppen vor Ort. Die Zivilgesellschaften arbeiten normalerweise mit diesen organisierten Gruppen – über die Regierung und Behörden. Ich denke daher, dass dies eine Möglichkeit ist, auch die Regierung einzubeziehen. So entwickeln wir Partnerschaften zwischen Zivilgesellschaft und Regierung.

Ich denke, dass alle Ressourcen, die gezielt an die Menschen geschickt werden, die Regierung ebenso einbeziehen sollten wie die Zivilgesellschaft, und natürlich auch die Gemeinden, an die sich die Ressourcen richten. Denn, wenn man dies allein der Regierung überlässt, löst man das Problem nicht. Bürokratie und Korruption werden einen großen Teil der Ressourcen verschlingen. Aber wenn man ein Dreigestirn daraus macht – Regierung, Zivilorganisationen UND die Gemeinschaften selbst – dann denke ich, dass man sehr viel bessere Ergebnisse erzielt, als wenn man nur einen dieser Wege nutzt, um die Wirkung der Ressourcen zu vermitteln, die wir einsetzen. Vielen Dank.

Klimazeugin Zukiswa Millicent **Nomwa** (Südafrika): Ein Punkt, zu dem ich noch etwas beitragen wollte - dass die Menschen nicht in der Lage sein werden, sich von ihren Erzeugnissen zu ernähren: Afrika produziert meiner Meinung nach genug Nahrung, um sich selbst zu ernähren. Der Zugang dazu, die Bezahlbarkeit und das Problem, dass die Lebensmittelerzeugnisse ins Ausland exportiert werden – ich hatte die Vorstellung, dass jemand Schuhe anfertigt und doch selbst barfuß läuft. Das ist ein Problem. Und doch ist es das, wozu Afrika durch die Umstände gezwungen wurde. In der Lage zu sein, das alles für andere zu leisten und sich selbst doch nicht selbst versorgen zu können.

Und leider bedeuten das System und die bestehenden Gesetze, dass wir vor Ort nur sehr wenig tun können. So sehr wir uns auch bemühen, die Menschen hier zu überzeugen – und wir können alle diese Protestaktionen durchführen – es läuft letztlich darauf hinaus, ob die Menschen zu einem veränderten Bewusstsein kommen. Die Frage der Mittel und Ressourcen ist messbar. Wir müssen Allianzen schmieden, so dass wir mit im Verhandlungszimmer sind.

Ein ernstes Problem in Afrika: Die Staatsführer. Ich vertrete nicht die Ansicht, dass die

afrikanischen Staatsführer schuld an der Korruption sind. Es ist ein korruptes System und viele sind daran beteiligt.

Was ist das Problem? Es gibt Gesetze, die die Minderheit eindeutig an den Rand gedrängt haben. Und wir können vor den Problemen nicht länger davonlaufen. Denn Menschen sterben, Menschen hungern. Hilfe ist problematisch, denn sie geht mit bestimmten Forderungen einher.

Was wir bisher getan haben, hat nicht funktioniert. Wir müssen uns fragen, sind wir bereit, etwas zu tun, damit es besser wird, und nicht nur, weil es so schöne Hochglanzunterlagen gibt, in denen steht, dass diese Gespräche stattgefunden haben. Dass Frauen aus Afrika hier waren. Dass wir, hier in Deutschland, gut sind. Dass gesagt wird: Wir haben verstanden. Dies sind die praktischen Lösungen, die wir gefunden haben. Dies ist das, was wir willens sind, zu vereinbaren und wirklich zu tun. Wir brauchen einen Weckruf, wenn wir die Dinge ändern wollen.

Klimazeugin Hauwa **Uma-Mustapher** (Nigeria): Ich wiederhole: Was können wir tun? Sie sprachen Importe an, besonders von landwirtschaftlichen Produkten. Wie gesagt, das ist ein sehr wichtiger Punkt, der mit der Frage der Entwicklungshilfe für Afrika eng zusammenhängt und den wir strategisch neu ausrichten müssen. Denn auf der einen Seite schicken Sie Hilfsmittel nach Afrika, auf der anderen Seite verfolgen Sie eine Politik, die Afrika die Fähigkeit nimmt, sich selbst weiterzuentwickeln.

Wissen Sie, Sie ersticken Afrika, seine Möglichkeiten, eine eigene Selbstständigkeit aufzubauen. Besonders möchte ich über das Problem der EPAs [Economic Partnership Agreements/Wirtschaftspartnerschafts-abkommen] sprechen. Zum Beispiel über das ACP-EU EPA [ACP: Staatengruppe Afrika/Karibik/Pazifik]. Ich glaube, dass auch Deutschland durch die EPA viel dazu beitragen kann, die ländliche Entwicklung zu fördern und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen zu mindern, die der Klimawandel für die Menschen in Afrika hat. Das Grundprinzip der EPA ist die Liberalisierung. Es heißt, gut, Ihr seid frei, alles was Ihr produziert, solange es sich um Urproduktion handelt, könnt Ihr zollfrei einführen. Aber sobald Wertschöpfung stattgefunden hat, nein. Doch gleichzeitig kommt alles, was wir kennen – es gibt kaum ein organisches Primärprodukt, das aus der EU oder Deutschland nach Afrika kommt - ist das alles industriell weiterverarbeitet. Manchmal gibt es Schokolade aus Deutschland, aber Sie produzieren keine Kakaobohnen, der Kakao kommt aus Ghana, Kenia und so weiter. Es gibt verarbeiteten Kaffee ...

Was wir damit sagen wollen ist, dass es Bedarf an direkter Unterstützung bei der Produktivität gibt. Und dass die Regeln gelockert werden müssen, die Afrikas Möglichkeiten ersticken, sich selbst weiterzuentwickeln. Ich glaube, wir brauchen jenseits von finanzieller Unterstützung eine gerechte, politische Ausgangsbasis, die sicherstellt, dass die Entwicklungsbedürfnisse Afrikas berücksichtigt und integriert werden.

Lassen Sie uns dies also beispielsweise mit den EPA umsetzen. Stellen wir sicher, dass es ein entwicklungsfreundliches EPA gibt, das den afrikanischen Landwirten nicht nur hilft, sich wirkungsvoll auf den Klimawandel einzustellen und so ihre Produktivität zu steigern, sondern ihnen auch die Möglichkeit gibt, ihre Produkte wertschöpfend zu verarbeiten. Ich denke, dass eine solche Hilfe weitaus nachhaltiger wirkt als rein finanzielle Unterstützung. Und das ist etwas, das man sehen und messen kann, es ist nachhaltig und ab einem gewissen Punkt bringt es uns auch einer Gleichstellung von Norden und Süden näher, ganz anders als das fortdauernde Aushändigen von Almosen, das die Kluft nur vergrößert.

Ich denke, dass wir anfangen sollten, praktisch auf politische Veränderungen hinzuwirken, die auch darauf hinwirken, die Entwicklungslücke zu schließen ... zwischen Nord und Süd. Und ich bin, wie gesagt, der Meinung, dass dies etwas ist, bei dem Deutschland eine sehr zentrale Rolle spielen kann, indem es sicherstellt, dass es auch die EU in diese Richtung bewegt. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass Deutschland hierzu politisch in der Lage ist und wenn die EU sich einigen kann, um das zu leisten, was Afrika so dringend benötigt, indem sie einen politischen Rahmen schafft, innerhalb dessen Afrika sich selbst weiterentwickeln und die Kluft, die Entwicklungslücke zwischen sich selbst und dem Westen, verkleinern kann.

Dann wird es ein weniger großes Problem sein, sogar die USA zu bewegen, mitzuziehen. Und sogar dann, wenn wir an China und Japan und so weiter denken – wenn die EU erst einmal dabei ist und die USA dabei sind, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass China und die anderen Schwellenländer so ein Problem darstellen werden. Vielen Dank.

Abg. Marie-Luise **Dött** (CDU/CSU): Vielen Dank für die Beiträge. Ich habe herausgehört, dass Sie den Ansatz von Bottom-Up sehen und dass Sie sehr genau hinschauen, wie in den einzelnen, sehr unterschiedlichen Ländern in Afrika die Regierungen die Verhandlungen führen, aber vom eigenen Volk sehr weit entfernt sind. Kleinere Strukturen haben weniger

Möglichkeiten, sich zu entwickeln, wenn sehr große Strukturen unterstützt werden.

Meine Frage auch vor dem Hintergrund, dass ich Vorsitzende eines Unternehmerverbandes bin: Wir befassen uns sehr viel mit Microfinance und haben weltweit die unterschiedlichsten Projekte. Inwieweit können wir aus dieser Microfinance-Idee heraus kleinere Strukturen unterstützen und welche Infrastruktur ist vor Ort notwendig? Über Kleinstkredite kommt man dann oft an eine Grenze, wo es nicht weitergeht bzw. wo man sich mit mehreren zusammentun muss?

Sie sagten, die Organisationen sind da, aber nicht strukturiert. Wie schaffen wir es, dass wir vor Ort diese Strukturen haben?

Dann fand ich sehr interessant, Sie haben es am Beispiel Schokolade erläutert, dass man die Wertschöpfungskette dort ansetzt, wo die Rohstoffe sind. Wie schaffen wir es, das gezielt anzugehen? Ich glaube, dann ist mehr kleinteilige Hilfe und mehr Wachstum möglich.

Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich habe nicht wirklich eine Frage, sondern ich möchte eher meinen Dank zum Ausdruck bringen. Ich denke, ich spreche für die hier Anwesenden. Ich bewundere Ihre Leidenschaft, Ihr Wissen und auch Ihr politisches Verständnis. Wir sind sehr glücklich, dass Sie heute hierher gekommen sind und Sie haben uns auch an die Bedeutung unserer eigenen Rolle erinnert. Denn sehr häufig sagen wir, Deutschland muss etwas machen und wir müssen die Vorreiterrolle übernehmen und sehr häufig bekommen wir dann in Deutschland das Argument zu hören, was können wir denn eigentlich machen? Da gibt es noch China, Russland und die Vereinigten Staaten.

Aber Sie haben uns daran erinnert, dass diejenigen, die eine Mission haben, also die Staaten oder die Menschen, die wirklich etwas bewegen wollen, auch Macht haben. Macht, die vielleicht stärker als wirtschaftliche oder militärische Macht ist. Ich denke, das ist eine sehr gute Aussage, an die man uns erinnern sollte. Wir sollten uns bewegen. Wir sollten der Welt zeigen, wie es möglich ist, Sie in Ihrem Kampf zu unterstützen. Ich kann Ihnen versichern, Sie haben Freunde hier. Wenn Sie Unterstützung brauchen, lassen Sie uns das bitte wissen.

Klimazeugin Zukiswa Millicent **Nomwa** (Südafrika): Ich habe mit Fragen von Mikrofinanzierung wenig zu tun. Was bedeutet Mikrofinanzierung und diese Kredite? Wer zahlt die Kredite zurück? Zahlt man die nicht zurück? Ich bin nicht der Ansicht, dass man Leuten, die

sowieso schon in Schwierigkeiten sind, Geld gibt, wenn man weiß, dass sie es nicht zurückzahlen können. Also wie funktionieren diese Strukturen? Danke.

Klimazeugin Hauwa **Uma-Mustapher** (Nigeria): Ich persönlich habe ein Problem, das System der Mikrofinanzierung zu schätzen, besonders in einem Umfeld ohne grundlegende Infrastruktur, die ermöglicht, dass diese Mikrofinanzierung überhaupt wirksam eingesetzt werden kann.

Um auf eine Situation wie in Nigeria zurückzukommen: Oft ist nicht klar, wozu ländliche und auch arme Gemeinden Mikrofinanzierung brauchen, um ihr Einkommen zu erhöhen. Oft sind dies kleine Unternehmen, die auf die eine oder andere Weise von Energie abhängig sind, von Strom. Und die Stromversorgung ist nicht verlässlich. Es gibt Unternehmen, Kleinstunternehmen, die auf die eine oder andere Weise Zugang brauchen, Zugang zu Märkten, zu Straßen, zu grundlegenden Informationen über Preise und Qualitätsstandards. Und dazu haben sie keinen Zugang. So erlebt man schlussendlich, dass man zwar Mikrokredite ausgibt, aber dadurch nicht wirklich den bedeutenden, dramatischen Wandel oder die Ergebnisse bewirkt, die man sich von der Mikrofinanzierung erwartet hat. Denn es gibt vor Ort noch nicht einmal die elementarste Infrastruktur, die vonnöten ist, damit die Mikrofinanzierung wirken kann.

Das bedeutet nicht, dass Mikrofinanzierung keine Berechtigung oder keinen Nutzen hat und eingestellt werden sollte. Aber ich denke, was die Entwicklung betrifft, ist ein vielschichtiger Ansatz eine gute Möglichkeit. Mit einem einzigen Ansatz erzielt man nicht die gewünschte Wirkung. Wenn sich die Mikrofinanzierung also an eine bestimmte Art von Kleinstunternehmen richtet, denke ich, dass bestimmte Möglichkeiten oder infrastrukturelle Bedingungen, die diese Mikrofinanzierung unterstützen, ebenfalls aufgebaut werden sollten.

Lassen Sie uns beispielsweise annehmen, dass man einer ländlichen Gemeinschaft von Frauen Mikrokredite gibt, um ihnen zu helfen ... Normalerweise würden sie sich überlegen, eine Schleifmaschine anzuschaffen. Sie würden sich wahrscheinlich nach Nähmaschinen umsehen, mit denen Sie Kleidung und so weiter nähen können. Dann brauchen sie Treibstoff für die Schleifmaschine. Paradoxerweise ist Nigeria – einer der sieben größten Produzenten und dennoch, so meine ich, arm. Wissen Sie, es ist eigentlich reich! Also kaufen sie die Maschine und haben dann wahrscheinlich noch genug Treibstoff für ein paar Tage. Danach steht die Maschine einfach nur herum. Sie können sie nicht mehr nutzen, weil die elementare Infrastruktur fehlt, die eigentlich dafür sorgen

sollte, dass diese Quelle der Mikrofinanzierung angetrieben wird. Was wir also meiner Meinung nach tun müssen, ist gleichzeitig bestimmte Anlagen, grundlegende infrastrukturelle Einrichtungen aufzubauen.

Wie gesagt, ich denke, das dies ein Bereich ist, in dem Deutschland ebenfalls helfen kann. Verstehen Sie? Indem Sie Ihren Einfluss in der Welt nutzen. Ihr wissenschaftlicher und technischer Sektor ist hoch entwickelt, und ich denke, wir sollten auch anfangen, über die technische Produktion von kleinen, elementaren infrastrukturellen Anlagen nachzudenken, die in den ländlichen Gebieten effektiv eingesetzt werden können.

Es muss nicht unbedingt beispielsweise ein Windrad sein, das auf rentable Weise Energie produziert. Es kann kleiner sein, sodass eine Gemeinschaft es nutzen kann, um die Kleinstunternehmen mit Energie zu versorgen, die durch die Mikrofinanzierung unterstützt werden. Wir sprechen hier von Afrika, wo Solarenergie eigentlich so viel effektiver sein sollte. Aber wir produzieren keine Solarenergie, weil wir die technischen Anlagen nicht haben. Dies ist ein Bereich, in dem Deutschland als große Industrienation helfen kann, um sicherzustellen, dass es nicht nur um finanzielle Hilfe geht, sondern darum, eine Anlage aufzubauen und so auch die Grundvoraussetzungen zu schaffen, damit die finanzielle Hilfe Wirkung und Ergebnisse zeigt.

Vorsitzende: Ich glaube, das war ein sehr gutes Schlusswort.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihre Geduld. Ich bedanke mich für die wichtigen Informationen, die Sie uns gegeben haben, dass wir nicht nur darüber hören, sondern auch mit Menschen dieser Orte sprechen, dass wir auch fühlen, was politisch notwendig ist.

Ich denke, wir werden alle die Informationen, die Sie uns gegeben haben, in unsere Fraktionen hineinragen. Wir werden darüber diskutieren, was Sie uns erzählt haben und werden natürlich auch in Durban an viele Dinge denken, die Sie uns mitgegeben haben.

Herzlichen Dank an Sie, dass Sie hier waren.

Schluss der Sitzung: 12:58 Uhr

Eva Bulling-Schröter, MdB

Vorsitzende